

Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten

durch die Gemeinde Neuenhagen bei Berlin als zuständige Stelle für die Wahl von Schiedspersonen für die

Nutzung von Formularen bei der Bewerbung für die Wahl der Schiedsperson

gemäß § 50 Schiedsstellengesetz (BbgSchGG) und gemäß Artikel 12 bis 22 und 34 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die vorliegende Information gibt Auskunft über die informationspflichtigen Angaben, die für die Verarbeitungstätigkeiten im Rahmen der Wahl und der Berufung von Schiedspersonen, zutreffend sind.

1. Kontaktdaten

1.1. Verantwortliche

Verantwortlich für die Verarbeitung der angegebenen personenbezogenen Daten ist nach Einreichung der Bewerbung die zuständige Gemeindeverwaltung: Gemeinde Neuenhagen bei Berlin, vertreten durch den Bürgermeister, Am Rathaus 1, 15366 Neuenhagen bei Berlin, Telefon: (03342) 245-100, E-Mail: gemeinde@neuenhagen-bei-berlin.de, Internet: www.neuenhagen-bei-berlin.de.

1.2 Verantwortliche Stelle

Verantwortliche Stelle der Datenverarbeitung ist zweckmäßigerweise die nachfolgend bestimmte Stelle innerhalb der Behörde: Fachbereich 1 / Verwaltungssteuerung und Finanzen.

1.3 Datenschutzbeauftragte

Die Verantwortliche hat eine Datenschutzbeauftragte gemäß Art. 37 DSGVO benannt: Gemeinde Neuenhagen bei Berlin, Datenschutzbeauftragte, Am Rathaus 1, 15366 Neuenhagen bei Berlin, Telefon: (03342) 245-100.

2. Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient dazu, Ihr Interesse zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber für die Wahl der Schiedspersonen nachzuweisen sowie die Wahl und gegebenenfalls die anschließende Bestätigung als Schiedsperson vorzubereiten.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c. DSGVO in Verbindung mit den § 50 Abs. 1 SchG.

3. Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Sie sind nicht verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen. Ihre Bewerbung ist aber nur mit diesen Angaben gültig. Es kann keine Aufnahme in die Liste der Bewerber erfolgen.

4. Datenübermittlung

Die Verantwortliche übermittelt personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person:

Im Falle der Wahl Ihrer Person ist zur Erfüllung des betreffenden Zwecks (Punkt 2.) eine Offenbarung personenbezogener Daten gegenüber dem Präsidenten des Amtsgerichts Strausberg erforderlich. Der eventuell zur Zweckerfüllung erforderliche Austausch personenbezogener Daten zwischen Organisationseinheiten der Verantwortlichen stellt keine Übermittlung dar.

5. Speicherfristen

Die Verantwortliche wird personenbezogene Daten nur so lange speichern, wie dies für die Erreichung des unter Punkt 2. genannten Zwecks erforderlich ist (bis Ablauf der Amtszeit 30.09.2030).

6. Betroffenenrechte

Sofern nicht besondere Vorschriften entgegenstehen, werden Ihnen nachfolgende Betroffenenrechte eingeräumt, die zweckmäßigerweise bei der unter Punkt 1.2 oder, sofern diese nicht bekannt ist, bei der unter Punkt 1.3 benannten Stelle geltend zu machen sind.

6.1 Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung

Jede betroffene Person hat

- a) neben dieser allgemeinen und der ergänzenden Informationen zur Verarbeitungstätigkeit gemäß Art. 15 DSGVO einen individuellen Auskunftsanspruch über ihre durch die Verantwortliche verarbeiteten personenbezogenen Daten, insbesondere über deren Inhalt sowie individuelle Angaben zu den Punkten 2 bis 7 dieser allgemeinen Information,
- b) gemäß Art. 16 DSGVO das Recht, von der Verantwortlichen die Berichtigung von unrichtigen oder die Ergänzung von unvollständigen personenbezogenen Daten zu verlangen,
- c) den Anspruch, die Verantwortliche zur Löschung der betreffenden personenbezogenen Daten gemäß Art. 17 DSGVO aufzufordern und
- d) unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO das Recht, die Einschränkung der Datenverarbeitung zu fordern.

6.2 Widerspruch

Die betroffene Person kann aus Gründen einer besonderen Situation der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zur Aufgabenerfüllung gemäß Art. 6 Abs. 1 e DSGVO widersprechen, sofern der Verantwortliche keine schutzwürdigen Gründe für eine weitere Verarbeitung nachweisen kann.

6.3 Widerrufsrecht

Sofern die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf der Einwilligung der betroffenen Person beruht, hat sie das Recht, diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die betroffene Person wird mit der Einwilligung über das Widerrufsrecht informiert.

6.4 Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht, sich über Verletzungen des Datenschutzrechts bei nachfolgender Behörde zu beschweren: Landesbeauftragte für den Datenschutz Brandenburg, Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow. Sie können sich auch an die Datenschutzbeauftragte der Verantwortlichen (siehe oben Punkt 1.3.) richten.

7. Benachrichtigung bei Verletzung des Datenschutzes

Bei Verletzung des Datenschutzes erfolgt durch die Verantwortliche eine Meldung an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde. Hat die Verletzung ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten einer natürlichen Person zur Folge, benachrichtigt die Verantwortliche die betroffene Person darüber.